

**Kleine Anfrage
für die Fragestunde**

Hannover, den 29.09.2026

Fraktion der AfD

Haben „Asyl-“¹ und „Anti-Abschiebe-Industrie“² Einfluss auf die Arbeit der Landesaufnahmebehörde in Niedersachsen?

Das Nachrichtenportal *Nius* berichtete erstmals in einem Artikel vom 24. September 2026³ über Verstrickungen zwischen hochrangigen Beamten der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen und Aktivisten der o. g. „Asyl-“ und „Anti-Abschiebe-Industrie“. Zwei Referatsleiter der Behörde seien nach einer Tätigkeit beim Verfassungsschutz für Abschiebungen zuständig. Zugleich seien sie mit „migrationsaktivistischen“⁴ Organisationen verbunden. Diese hätten sich u. a. für ein bedingungsloses Bleiberecht von über Lampedusa nach Deutschland migrierenden Afrikanern und einen erleichterten Zugang Staatenloser zur deutschen Staatsangehörigkeit eingesetzt.

In einem weiteren Artikel vom selben Tag⁵ wird darüber berichtet, wie in Niedersachsen ein System errichtet worden sei, das Abschiebungen gezielt verhindere und Behördenversagen verheimliche. Im Fall der getöteten Liana K., die 2025 von einem vollziehbar ausreisepflichtigen Iraker in Friedland vor einen einfahrenden Zug gestoßen wurde, wird dargestellt, wie die niedersächsischen Behörden nicht in der Lage gewesen sein sollen, den von Sicherheitsbehörden als gefährlich erkannten Ausländer seit seiner Einreise 2022 in den für sein Asylverfahren zuständigen EU-Staat Litauen abzuschieben. Die nicht mehr verlängerbare Frist zur Dublin-Überstellung nach Litauen endete am 18. September 2026. Eine Überstellung fand bis dahin nicht statt. Aufgrund der psychischen Erkrankung des Ausländers befindet er sich im Maßregelvollzug. Eine Überstellung aus dem Maßregelvollzug sei grundsätzlich möglich, wenn die Staatsanwaltschaft dem zustimmt und die medizinische Versorgung vor Ort in Litauen gesichert sei⁶.

In einem Video berichtet *Nius* über afghanische Straftäter, deren Aufenthaltsorte niedersächsische Justizvollzugsanstalten oder Asylunterkünfte sind oder waren⁷

1. Aus welchen Gründen erfolgte bis zum 18. September 2026 keine Überstellung des vollziehbar ausreisepflichtigen und im Maßregelvollzugs befindlichen Täters im Fall Liana K. (bitte darstellen, ob eine Überstellung erneut angestrengt wurde, ob die Zustimmung der Staatsanwalt [gegebenenfalls mit welchem Erfolg] beantragt wurde, und aufgrund welcher konkreten Quellenlage die medizinische Versorgung in Litauen wie bewertet wurde)?
2. Hat die Landesregierung einen Überblick über vollziehbar ausreisepflichtige Straftäter, die sich in einer Justizvollzugsanstalt aufhalten? Falls ja, um wie viele handelt es sich und welcher Staatsangehörigkeit gehören sie jeweils an? Falls nein, warum nicht und warum ist eine entsprechende Aufstellung in der medialen Berichterstattung möglich?

¹ <https://nius.de/gesellschaft/gruene-richter-ngos-somalis-geheimplan-asyllobby-dobrindt-zurueckweisungen>,
<https://www.moabit-hilft.com/2018/10/08/wir-hatten-besuch-von-die-s%C3%BCddeutsche-zeitung>

² <https://www.moabit-hilft.com/2018/10/08/wir-hatten-besuch-von-die-s%C3%BCddeutsche-zeitung>

³ <https://nius.de/politik/abschiebe-beamte-sind-anti-abschiebe-aktivisten>

⁴ <https://nius.de/politik/abschiebe-beamte-sind-anti-abschiebe-aktivisten>

⁵ <https://nius.de/kriminalitaet/abschiebeleaks-liana-friedland-geheim-dokumente>

⁶ <https://www.zeit.de/news/2026-05/05/toedlicher-zugstoss-justiz-prueft-abschiebung-des-taeters>

⁷ <https://nius.de/episodes/die-brisanteste-enthuellung-des-jahres-die-abschiebe-leaks-wie-der-staat-taeter-schuetzt>

3. Erkennt die Landesregierung einen Zusammenhang zwischen den von Innenministerin Behrens kritisierten und in Medienberichten als „Abschiebe-Versagen“ bewerteten Abschiebungsdefiziten⁸ und der berichteten Nähe hochrangiger Beamter in der Landesaufnahmebehörde zu abschiebekritischen Aktivisten bzw. Organisationen? Falls nein, inwieweit hält die Landesregierung die Aufgabe der für den Abschiebevollzug zuständigen Führungskräfte mit einer solchen Nähe für vereinbar, und nach welchen Maßstäben prüft sie mögliche Interessenkonflikte im Rückführungsvollzug?

Jens-Christoph Brockmann
Parlamentarischer Geschäftsführer

⁸ <https://www.bild.de/regional/niedersachsen/maedchen-vor-zug-gestossen-ministerin-wirft-abschiebe-versagen-vor-68b2cc8d3ac9186c23fa8152>